

ÖVP sieht Missverständnis, FPÖ putzt sich ab

Der Entwurf zur Reform der Politikerpension soll laut VP-Klubchef Molterer korrigiert werden. Die FPÖ will mit dem Entwurf nichts zu tun haben.

WIEN (hes/red.). Ein Initiativantrag der Regierungsparteien zum Thema Politikerpensionen sorgt für Aufregung. Darin vorgesehen ist die Möglichkeit einer Frühpension für Politiker, während sie für den Rest der Bevölkerung wegen langer Versicherungsdauer und nach langer Arbeitslosigkeit nach der Pensionsreform nicht mehr möglich sein soll.

Konkret enthält der Antrag ein Pensionsalter von 65 Jahren für Politiker, das schrittweise bis 2013

erreicht werden soll. Seinen 65. Geburtstag muss dennoch kein Politiker abwarten, da zusätzlich die Möglichkeit eingeführt werden soll, 3,5 Jahre früher in Pension gehen zu können. Dafür ist ein Abschlag von 4,2 Prozent pro Jahr maximal aber 15 Prozent vorgesehen. Politiker könnten also weiterhin mit 61,5 Jahren in den Ruhestand treten.

Von dem Gesetz gänzlich ausgenommen wären allerdings jene Politiker, die Anspruch auf eine Ministerpension haben. VP-Klubobmann Wilhelm Molterer sprach am Mittwoch von einem „Missverständnis“ und kündigte Korrekturen an.

Politiker im „alten Pensionssystem“, die also vor 1996 bereits genug Dienstzeit gesammelt haben

und derzeit mit 56,5 Jahren in Rente gehen könnten, werden zwar schrittweise an die 65 Jahre herangeführt, können dann aber wieder 3,5 Jahre früher in Pension gehen. Offen gelassen wurden im Antrag etwa die Prozentsätze für die Entgeltfortzahlung, wenn ein Politiker aus dem Amt scheidet. Diese sollen künftig nicht mehr 100 Prozent betragen.

Für die FPÖ wies Generalsekretärin Magda Bleckmann jegliche Verantwortung zurück. „Das ist uns von der ÖVP so übermittelt worden.“ Zur Unterschrift ihres Klubobmannes unter dem Papier meint Bleckmann: „Ich finde es auch nicht gut.“ Der Antrag solle nur als Verhandlungsbasis („Trägerrakete“) verstanden werden. Dem Papier werde die FPÖ so

nicht zustimmen. Grünen-Chef Alexander Van der Bellen bezeichnete den VP-FP-Antrag als „Blindgänger“. „Sogenannte Trägerraketen scheinen vorzugsweise im eigenen Lager einzuschlagen“, so der Grünen-Klubchef weiter.

„Schamlose Attacke“

Der Sozialexperte Bernd Marin sprach von einer „schamlosen Attacke“ der Politiker. Wenn man die Umsetzung dieser Pläne für wahr halte, müsse man eigentlich fassungslos sein, so Marin. Eine „Lex Schlüssel“ ortet SP-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures. „Er sichert seine eigenen Privilegien und kürzt die Ansprüche von Arbeitern und Angestellten auf eine Mindestpension zusammen.“